

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: W. H. H. in d. V. in Magdeburg. — Druck und Verlag von W. H. H. in d. V. in Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Preis für den Abonnenten: für die Provinz 1.00 M., für die Reichshauptstadt 1.25 M., für den Ausland 1.50 M. — Belegpreis: 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 10. Zeile 25 Pf., 20. Zeile 20 Pf., 30. Zeile 15 Pf., 40. Zeile 10 Pf., 50. Zeile 5 Pf. — Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachnummer: Nr. 5355 Berlin.

Belegpreis: Vierteljährlich einschl. Postung 3.75 M., monatlich 1.25 M. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabehelfern Vierteljährlich 3.45 M., monatlich 1.15 M. Bei den Postanstalten Vierteljährlich 3.75 M., monatlich 1.25 M. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 10. Zeile 25 Pf., 20. Zeile 20 Pf., 30. Zeile 15 Pf., 40. Zeile 10 Pf., 50. Zeile 5 Pf. — Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachnummer: Nr. 5355 Berlin.

Nr. 13.

Magdeburg, Mittwoch den 16. Januar 1918.

29. Jahrgang.

Wetterstürze.

Es ist alles nichts gewesen! Was die Leute erzählten von Konflikten, die zu den Besprechungen im Berliner Schloß führten, das war eigentlich gar nicht vorhanden. Es war ja alles so harmlos und selbstverständlich. Daß der Kronprinz aus dem Felde kommt, um mit seinem Vater zu konferieren, daß der Generalstabschef und der Generalquartiermeister vom Großen Hauptquartier nach Berlin reisen, um dort zunächst mit dem Reichskanzler und dann gemeinsam mit diesem beim Kaiser Besprechungen abzuhalten, das ist doch so etwas Alltägliches, das man darüber gar nicht erst spricht. Die „Nordd. Allg. Ztg.“, die schon so manchen Regierungen seit Bismarck freundliche Hilfe geleistet hat, gibt am Montag der kranken deutschen Öffentlichkeit das folgende

Beruhigungspulver:

Der Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling hat in den letzten Tagen mehrfach seiner Majestät dem Kaiser Vortrag gehalten und zahlreiche Besprechungen gehabt. Eine vertrauensvolle Aussprache hat zwischen dem Reichskanzler und den zurzeit hier anwesenden Heerführern stattgefunden. Die Mitteilungen über einen heute einberufenen Kronrat sind unrichtig. Es liegen keine sachlichen Differenzen vor, die eine Entscheidung im Kronrat verlangten. Auch sonst gehen mancherlei unrichtige Nachrichten durch einzelne Blätter. So wird gemeldet, daß der Staatssekretär von Kühlmann und der Vizekanzler Graf Bernstorff in Berlin getroffen seien. Beide Angaben sind falsch.

Der Tag, an dem der Reichskanzler im Hauptauschuß des Reichstags zu sprechen gedenkt, ist noch nicht festgesetzt.

Nun ist das gute deutsche Volk hoffentlich wieder ganz beruhigt! Es wird ihm versichert, daß in den oberen Regionen keine sachlichen Differenzen vorliegen, die man beachte die sorgfältige Einschränkung, „eine Entscheidung im Kronrat verlangen“. Was sonst noch für Differenzen vorliegen, die nicht diese Kronratsentscheidungen fordern, darüber hüllt sich auch die freundliche Norddeutsche Allgemeine in verständnisvollem Schweigen.

Nun dürfte man ja wohl das ungeduldige Volk, das sich immer mehr zum Objekt gewisser Hin- und Widerströmungen in höheren Luftschichten werden sieht, darauf hinweisen, daß es auch einmal auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts eine Volksvertretung gewählt hat, den Reichstag. Und daß man von diesem Reichstag verlangen müsse, daß er in den schicksalsschweren Stunden dieses Krieges die Kontrolle der Politik nicht aus der Hand zu lassen. Aber

wo ist der Reichstag?

Anstatt seine Sitzungen in Permanenz zu erklären, um bei allen wichtigen Erscheinungen sofort sein Veto in die Schale zu werfen, erklärt er vielmehr seine Nichtakzuzung in Permanenz. Er kann sich nicht einmal auf eine halbstarke Regierung berufen, die seine Beratungen verhindert hätte. Nein, aus eigenem Entschluß, gegen die Stimmen lediglich der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, hat der Reichstag sich selber ausgeschaltet, und dadurch jeden direkten Einfluß auf die Erledigung plötzlich auftauchender Fragen preisgegeben. Allerdings: der Hauptauschuß tagt noch oder kann wenigstens schnellstens zusammenberufen werden. Aber auch er hat es nicht so eilig. Vor ihm wollte der Reichskanzler am Dienstag, dann am Mittwoch eine Rede halten, die sich mit den Kriegsfragen beschäftigen sollte. Diese Rede ist wieder verlagert. Der Reichskanzler wollte, so hieß es, am Montag nach den Besprechungen beim Kaiser über den Verlauf dieser Besprechungen den Führern der Reichstagsparteien Bericht erstatten. Das ist bis jetzt nicht geschehen. Und so ist denn das deutsche Volk, das durch die geschäftigen Unruhestifter alldeutscher Krönung fortgesetzt in „Sorge und Verzweiflung“ über die Schwachmächte der Reichsleitung gestürzt wird, auch heute wieder angewiesen auf die mehr oder minder

gerückten Drahtsprüche

der Berliner Blätter. Da weiß die „Boschische Zeitung“ mitzuteilen, bei den Besprechungen im Berliner Schloß sei „in den wesentlichsten Punkten ein Einvernehmen zwischen der militärischen und politischen Leitung erzielt, bei dem die von der Obersten Heeresleitung vertretenen militärischen Gesichtspunkte in vollem Maße zur Geltung kommen würden“. Die „Post“ glaubt „auf Grund zuverlässiger Informationen“ mitteilen zu können, daß die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen

der Leitung der auswärtigen Politik und der Heeresleitung bestanden haben, auf dem Wege völlig freier Aussprache beseitigt worden seien. Zugleich sei eine Demarkationslinie zwischen den Zuständigkeiten der beiden Ressorts vereinbart worden.

Was schließlich die Gerüchte anbelangt, daß ein Wechsel in der Politik der Reichsregierung gegenüber dem zu schaffenden polnischen Staatswesen eingetreten sei, so werden diese als unzutreffend bezeichnet; irgendein Kurswechsel von deutscher Seite sei nicht erfolgt. ... Wir leben gegenwärtig in der

Zeit des Wettersturzes.

Sobald leuchtet der Himmel in köstlichem Winterblau, bald ist er dicht bedeckt von dunkeln Schneewolken. Aber geduldig muß der Erdenbürger sich fügen in das Wetter, das ihm der Himmel schickt.

Daß das politische Barometer aber denjenigen Dauerlang aufwärts, ist in keiner Hinsicht erfreulich. Die Tatsache allein zeigt schon, daß irgend etwas nicht in Ordnung ist, und gibt infolgedessen dauernd Anlaß zu politischer Depression. Die alldeutschen Wettermacher, die mit ihren Wöllern und ihrem Geschrei Licht und Regen abwechselnd hervorzuzaubern suchen, werden auch an der neuesten halbamtlichen Beruhigungsaktion keine Genugung haben. Sie wollen es nicht wagen, daß das Volk endlich zu einem verständigen Frieden kommt. Und sie haben Glück bei diesem Treiben. Denn der

Mangel an lückenloser Klarheit

in den deutschen Kriegszielen erleichtert ihnen ihr Handwerk. Die Kommissionsverhandlungen in Brest-Litow, über deren Verlauf wir weiter unten berichten, haben aufs neue erwiesen, daß das Schwanken in den deutschen Kriegsziel-Erklärungen die Friedensverhandlungen zumindest nicht fördert. Kühlmann und Trocki ringen dort um das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die in den von deutschen Truppen besetzten, ehemals russischen Gebieten wohnen. Niemand, auch die Alldeutschen nicht, werden den Erklärungen Trockis die logische Folgerichtigkeit abstreiten können. Will man das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dann muß man es auch ganz wollen. Nun hat zwar Hertling in seiner Antrittsrede am 29. November erklärt:

... Was die ehemals dem Zepher des Zaren unterworfenen Länder Polen, Litauen und Kurland betrifft, so achten wir das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker. Wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestalt geben werden, welche ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht. ...

Aber über die Form dieser Selbstbestimmung herrschen sicher nicht nur zwischen Trocki und Kühlmann, sondern auch in der deutschen Reichsleitung Differenzen. Wie man denn aus all den halben Andeutungen und ganzen Abweisungen den Eindruck erhält, daß über manche der wichtigsten Fragen des Krieges und des Kriegsendes keineswegs bei den „zuständigen Stellen“ die Übereinstimmung herrscht, an die die Öffentlichkeit glauben soll.

Diese deutsche Öffentlichkeit, die ja so unendlich vertrauensselig ist, hat aber das eine überragende Interesse: Es darf nicht sein, daß die plötzlichen Wetterumschläge in den oberen Luftschichten die Erde des Friedens gefährden. Es wird nicht nur in Brest-Litow über das Selbstbestimmungsrecht der Völker diskutiert. Auch hierzulande gilt's, das Recht des eigenen Volkes nicht unkontrollierbaren Einflüssen auszuliefern. Auch hier heißt es: Nicht jedem Wettermacher blindlings zu vertrauen, sondern selbst auf der Wacht zu sein! Wir haben nicht den starken Glauben, daß wir der neuen Versicherung des „norddeutschen“ Barometers trauen, das uns für die nächsten Tage politisch „Gut Wetter“ in Aussicht stellt. Wir glauben, daß der andre Wind nicht ausbleibt. —

Das Recht der Völker.

Bei den Verhandlungen in Brest-Litow wollen die Auffassungen der beiden verhandelnden Gruppen über das Recht der Völker in den besetzten Gebieten immer deutlicher aufeinander. Wir haben am Montag den Bericht über die Beratungen der Sonderkommission, die zwischen

Deutschen, Oesterreichern, Ungarn und Russen gebildet wurde, abbrechen müssen bei den Erörterungen über Charakter und Bedeutung der in den besetzten Gebieten fungierenden Volksvertretungen. Kühlmann und Czernin hatten zum Ausdruck gebracht, daß nach ihren Eindrücken bei der russischen Delegation während der im Dezember gepflogenen Verhandlungen Neigung vorhanden gewesen sei, diese Volksvertretungen als De-facto-Vertretungen anzuerkennen und zuzubilligen, daß ihre Beschlüsse als solche den Willen der betreffenden Völker zum Ausdruck brächten. Man habe sich damals dahin verstanden, daß in einer solchen provisorischen Lösung der Frage, welches der Wunsch der betreffenden Völker hinsichtlich ihrer staatlichen Zugehörigkeit sei, ein

großer Schritt zum gemeinsamen Ziele

gemacht werden könnte.

Der Bericht fährt dann fort:

Herr Joffe, welcher die damaligen Besprechungen geführt hat, erwiderte darauf, er habe stets die Notwendigkeit betont, die Volksabstimmungen in

Abwesenheit der okkupierenden Truppen

durchzuführen, doch wolle er nicht in Worte stellen, daß er gesprächsweise erklärt habe, die in den einzelnen Teilen Russlands bestehenden Organe könnten für die Begründung der Notwendigkeit einer Volksabstimmung allerdings eine gewisse Rolle spielen. Anschließend hieron bemerkte Trocki, daß die Willensäußerungen solcher Sanbände allerdings eine große politische Bedeutung besäßen. Er wolle den Teil der Bevölkerung eines Landes von seiner Willensäußerung nicht ausschließen, der auf den Sanbänden vertreten sei.

Zusammenfassend stellte von Kühlmann fest, daß sich aus den Ausführungen Trockis zu ergeben scheine, er müde bereit, die in den besetzten Gebieten bestehenden Organe der Volksvertretung als provisorische Organe anzuerkennen, wenn diese Landesorgane nicht militärisch besetzt wären. Er würde diesen kann auch die Befugnis zuerkennen, das von ihm geforderte Referendum durchzuführen.

Trocki erklärte hierauf, daß Äußerungen von Sanbänden, Stadtvertretungen und dergleichen als Äußerungen des Willens eines bestimmten einflussreichen Teiles der Bevölkerung aufgefaßt werden könnten, die aber nur den Grund zu der Annahme bildeten, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden sei. Hieraus ergebe sich die Schlussfolgerung, daß

ein Referendum eingeholt werden müsse,

wozu aber die Schaffung eines Organs die Vorbedingung sei, das die freie Abstimmung der Bevölkerung garantieren könne.

Im weiteren Verlauf der Besprechungen behauptete Trocki, daß zwischen den Erklärungen der Generalmächte vom 25. Dezember und der Formulierung der Punkte 1 und 2 vom 27. Dezember ein Widerspruch bestände, der aus den Kommentaren der deutschen Presse deutlich hervorgehe.

Staatssekretär von Kühlmann erklärte demgegenüber, daß beide Dokumente Ausflüsse desselben Geistes und derselben Politik seien, wie sie der Reichskanzler in seiner programmatischen Rede im Reichstag angekündigt habe. Diese Rede habe im Grunde bereits die Deklaration der Verbündeten vom 25. Dezember enthalten und ebenso auch den Hinweis gebracht, daß die deutsche Politik ihre Beziehungen zu Polen, Kurland und Litauen unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu pflegen beabsichtige.

Des weitern stellte sich Staatssekretär von Kühlmann auf den Standpunkt, daß die nach Absonderung stehenden Teile Russlands nach Abgabe ihrer Willensäußerungen der schon bestehenden Organe schon jetzt berechtigt seien, Verabredungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft für gut und nützlich hielten. Sollten sich in diesen Verabredungen Verfügungen hinsichtlich der

Vornahme von Grenzkorrekturen

finden, so sei es nicht einsehend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebt, wie in andern.

Trocki glaube in dieser Auffassung eine Untergrabung des Grundgedankes der Selbstbestimmung erblicken zu müssen und wolle die Frage auf, warum denn die Organe der fraglichen Volksvertretungen dann nicht zu den Verhandlungen in Brest-Litow geladen worden seien, wenn sie sogar das Recht haben sollten, über Gebietsziele zu verfügen. Auf eine solche Teilnahme der Vertreter dieser Völker werde aber natürlich nicht gedacht, weil eben diese Nationen nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Verhandlungen betrachtet würden.

In Erwiderung auf diese Bemerkungen führte Staatssekretär v. Kühlmann aus: Der Vizekanzler besahe sich darüber, daß wir hier noch keine Vertreter der besprochenen Nationen bei den Verhandlungen haben. Wenn er damit zum Ausdruck bringen wollte, daß auch nach seiner Ansicht diese Volksvertretungen allmählich geschaffen sind und das Recht der Selbstbestimmung ihrer auswärtigen Beziehungen ausüben können, so ist es unrichtig bei rückhaltloser Anerkennung dieser Voraussetzung von Seiten der russischen Delegation gern bereit, den Gebieten zu erteilen, ab und in welcher Form sich die Vertretung von Vertretern der fraglichen Nationen an den Verhandlungen ermöglichen lasse.

Grat Czernin äußerte gleichfalls seine Bereitwilligkeit, der Frage der Verhängung von Strafen der beschriebenen Gebiete...

Er hat beantragt hierauf und mit Rücksicht auf die letzten, in der Nachmittag-Sitzung des 11. Januar abgegebenen außerordentlich wichtigen Erklärungen der Vertreter der Mittelmächte die Sitzung zu vertagen...

In der Sitzung vom 12. Januar resümierte Kühlmann das Ergebnis der vorhergegangenen Beratungen und bemerkte abschließend:

Wir geben der Anführung Ausdruck, daß die an der Westgrenze des ehemaligen russischen Reiches wohnenden Völkern bereits in einer für uns maßgebenden Weise...

den Willen, selbständig zu sein, kundgegeben haben. Auf die vom Vorsitzenden der russischen Delegation gegebene Anregung hin erklärten wir auch den Gedanken für vollkommen diskutierbar, ob und unter welchen Bedingungen diese neuen Staaten an den Friedensverhandlungen beteiligt werden könnten...

Ohne auf die zur Erörterung stehende Frage einzugehen, hat hierauf Krotki, dem Delegierten Kamenew das Wort zu erteilen. Die russische Delegation sei zu der Überzeugung gelangt, daß es zur Vermeidung jedes Mißverständnisses notwendig wäre, die bisherige Arbeitsmethode gewissen Änderungen zu unterziehen...

In Ausführung dieses Beschlusses stellte die russische Delegation fest, sie sei nicht in der Lage, als Ausdruck des Volkswillens der besetzten Gebiete...

Erklärungen anzuerkennen, die von dieser oder jener sozialen Gruppe der Bevölkerung gemacht seien, insoweit diese Erklärungen unter dem Regime einer fremden Okkupation erfolgten...

1. Das Recht der russischen Regierung, die Besetzung dieser Gebiete zu beenden, ist ein Recht, das sich aus dem Völkerrecht ergibt...

2. Der Zweck der russischen Regierung ist es, die Besetzung dieser Gebiete zu beenden, indem sie die Selbstbestimmung der Völker wiederherstellt...

welcher Weise das weitere zungemeine Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit und Selbstbestimmung der inneren Staatseinrichtung...

3. Die so verhandene Aufgabe steht voran die vorübergehende Verständigung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns von der einen und Russlands von der andern Seite über die vier Hauptpunkte...

Die Gesamtheit der Antworten auf diese Fragen bilden Paragraphen des Friedensvertrags, die § 2 des deutschen Vorschlags vom 28. Dezember 1917 ersetzen sollen.

Die russische Delegation schlägt ihrerseits folgende Lösung dieser Fragen vor: Zu 1. Das Territorium: Das Selbstbestimmungsrecht steht den Nationen und nicht ihren Teilen zu...

keine Zoll- oder Militärkonventionen zu beugen, die von der endgültigen Konstituierung dieser Gebiete auf Grund des Selbstbestimmungsrechts dieser Nationen geschlossen würden...

Die Lösung der Frage über die Geschichte der sich selbst bestimmenden Gebiete muß unter der Bedingung der vollen politischen Freiheit...

und des Fehlens jedes äußeren Druckes stattfinden. Deshalb soll die Abtretung nach der Rücknahme der fremden Heere und der Rückkehr der Flüchtlinge und der von Anfang des Krieges etablierten Bevölkerung stattfinden...

Zu 5. Vom Moment der Unterzeichnung des Friedens bis zur endgültigen staatlichen Konstituierung genannter Gebiete geht ihre innere Verwaltung, die Leitung der lokalen Angelegenheiten, Finanzen usw. in die Hände eines temporären Organs über...

Zu 4. Die endgültige Lösung der Frage von der Staatszugehörigkeit der Gebiete, um die es sich handelt, und von der Form ihrer Staatseinrichtung wird durch...

erfolgen. Zuvor Beschleunigung der Arbeiten der Friedenskonferenz hält die russische Delegation es für außerordentlich wichtig, von der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation eine vollständige, erhaltene Antwort auf alle die Fragen zu erhalten...

Ein deutscher Protest.

Hierauf erbat General Hoffmann das Wort und führte aus: Ich muß zunächst gegen den von dieser russischen Delegation protektierten. Die russische Delegation spricht mit uns, als ob die Russen siegreich in diesem Lande ständen...

erste wehrnützige Kongress in Minsk,

der das Selbstbestimmungsrecht des weißrussischen Volkes geltend machen wollte, von den Maximilianen durch Majoneit und Machinengewehr auseinandergejagt. Als die Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht geltend machten, stellte die Petersburger Regierung ein Ultimatum und versuchte, die Erzwingung ihres Willens mit Waffengewalt durchzuführen...

bereits klar und unzweideutig Ausdruck

gegeben. Von den wichtigsten Beschüssen der Bevölkerung möchte ich folgende hervorheben: Am 21. September 1917 erbat die Lur-ländische Landesversammlung die sich ausdrücklich als Vertreterin der Gesamtbevölkerung Kurlands bezeichnete, den Schluß des Deutschen Reiches. Am 11. Dezember 1917 proklamierte der litauische Landestrat, der von den Litauern des Inn- und Auslandes als die einzig bevollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt worden ist, den Wunsch der Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen...

Am 27. Dezember sprach die Stadtherordneten-Versammlung in Riga eine ähnliche Bitte an das Deutsche Reich aus. Dagegen äußerten sich die Rigaer Kaufmannskammer, die große Gilde, die Vertreter der Landbevölkerung sowie 70 Rigaer Vereine angeschlossen.

Schließlich haben im Dezember 1917 auch die Vertreter der ländlichen, städtischen und kirchlichen Gemeinden auf Dage, Dagö und Moon in veröffentlichten Erklärungen sich von ihren bisherigen Beziehungen losgelöst.

Auch aus verwaltungsmässigen Gründen muß die deutsche Oberste Heeresleitung die Annahme Kurlands, Litauens, Rigas und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen. Alle diese Gegenden besitzen keine Verwaltungsorgane, keine Organe der Rechtspflege, keine Organe des Notariatswesens, keine Eisenbahnen, keine Telegraphen, keine Post. Alles dies ist in deutschem Besitz und in deutschem Betrieb. Auch zur Errichtung eines einzigen Volksheeres oder einer Miliz sind die Mittel notwendig, ganz in absehbarer Zeit nicht in der Lage.

Staatssekretär von Hoffmann erklärte, es sei nicht möglich, zu den jetzt vorgelegten schriftlichen Formulierungen sofort in einzelner Stellung zu nehmen. Er persönlich halte das ganze Verfahren, mit gegenseitigen schriftlichen Erklärungen zu arbeiten, für verfehlt. Es sei zweckmäßiger, die Fragen erst durchzusprechen und dann das Ergebnis schriftlich zu fixieren. Auf Kühlmanns Vorschlag wurde die Verhandlung unterbrochen, damit die Verbündeten unter sich Stellung nehmen könnten. Ein neuer Termin ist noch nicht festgesetzt.

Was der Krieg bringt.

21000 Tonnen.

Wichtig ist zunächst, daß das amerikanische U-Boot-Netz unter der Leitung des Oberleutnants zur See Lothar Schmitt im Nordatlantik ein Netz von 21000 Booten umspannt...

Die Dampfer mit Kohlen aus einem neuen Bauwerk sind im Bau. Es können darunter folgende genannt werden: der englische Dampfer „Salsburg“ (20000 Tonnen) sowie der britische englische Dampfer „Horn“ (18000 Tonnen), der in vierundzwanzig Stunden von einem Hafen zum nächsten Dampfer gehen kann...

Protest der eisernen Kreuze.

Zum Protest gegen die Mißhandlung durch die Vaterlandsparteiler haben die Kriegseisernen Kreuze auf der Versammlung eine Erklärung abgegeben...

zweieinhalbtausend Kriegsbeschädigte hatten sich zu diesem Zweck zusammengefunden. Ihre Verleumdung wäre zweifellos in vollster Ruhe und Harmonie verlaufen; denn in ihrer Empörung über das Treiben der vaterlandsparteilichen Heimkrieger und in der Forderung der politischen Gleichberechtigung sind sich die Kriegseisernen Kreuze vollkommen einig.

Aber der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hatte die Rechnung ohne die Polizei gemacht. Am Freitag habe in der sogenannten Reichstagskommission des Preussischen Abgeordnetenhauses der freikonservative Vaterlandsparteiler Lohde die Versammlung denunziert und die Regierung angefragt, wie sie eine solche Zusammenkunft erlauben könne...

Da es somit den Kriegsbeschädigten unmöglich gemacht war, zu sprechen, gab ein Teil der Versammlungsbesucher einen Entschluß auf eine andere dringende Weise Ausdrucks. Zum Zeichen des Protests gegen Verleumdung und Verhöhnung der Kriegsbeschädigten überreichten 310 Versammlungsbesitzer dem Bund der Vaterlandsparteiler...

vom Eisernen Kreuz, damit er der Vaterlandspartei ein Beweisstück darüber zusenden könne, an wem ihre Anhänger getrebelt haben. Auch dieser stumme Protest wird im deutschen Volke verstanden werden.

Die Verschleppung der Wahlrechtsvorlage.

Auch die Montagsitzung der Wahlrechtskommission des Preussischen Abgeordnetenhauses beweist aufs neue, daß es den Wahlrechtsgegnern darauf ankommt, die Verabschiedung der Vorlage nach Möglichkeit zu verzögern. Von konservativer Seite werden stundenlang Reden gehalten, die Herren verbreiten sich über alle möglichen Dinge, die mit der Wahlrechtsfrage entweder in gar keinem oder in sehr losem Zusammenhang stehen...

Für diesen Plan, der ursprünglich von nationalliberaler Seite angeregt ist, sind bereits die Konservativen und die Freikonservativen gewonnen, also 22 von den 55 Kommissionsmitgliedern, und das Zentrum wird ihm, wie aus der Erklärung seines Führers hervorgeht, nur aus laienhaften Gründen Widerstreben entgegenzusetzen, um die Erregung des Volkes nicht noch zu steigern. An sich hält das Zentrum diese Art der Beratung für die richtige. Unser Meinung wäre es Pflicht der Kommission gewesen, auf eine Be-

netaldbatte überhaupt zu verzichten, und sofort die Wahlrechtsfrage zu lösen. Gegen diese fortgesetzten Verschleppungsversuche der Wahlrechtsgegner muß ganz entschieden Protest erhoben werden.

Aus den Verhandlungen sind besonders interessant die fortgesetzten verfeindeten Angriffe der Nationalliberalen gegen den Vizepräsidenten des Staatsministeriums, dem sie es verargen, daß er, obwohl er als Führer der Nationalliberalen bisher Anhänger eines Pluralwahlrechts gewesen ist, jetzt die Regierungsvorlage verteidigt. Man muß es Herrn Dr. Friedberg lassen, daß er als gewandter Parlamentarier sich geschickt seiner Haut zu wehren versteht.

Auch die Polenfrage wurde des eingehenden erörtert. Von verschiedenen Seiten wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß ein auf Grund des gleichen Wahlrechts zusammengefügtes Abgeordnetenhäus die bisherige Polenpolitik nicht mehr unterstützen werde. Der Minister des Innern und nach ihm der Vizepräsident des Staatsministeriums gaben die Erklärung ab, daß ihre Polenpolitik in Zukunft darauf hinauslaufen müsse, das Deutschtum im Osten zu fördern, nicht aber die Polen zu bekämpfen, und daß die Regierung hoffe, daß für eine solche Politik auch im neuen Abgeordnetenhäus eine Mehrheit zu haben sein wird.

Bezüglich der Rückwirkung der Wahlrechtsreform auf das Gemeindevahlrecht erklärte der Minister des Innern von neuem, daß auf alle Fälle das Gemeindevahlrecht, das heute pluriokratisch sei, geändert werden müsse, aber über die Grundzüge der Reform seien die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen. Für das gleiche Gemeindevahlrecht sei die Regierung nicht zu haben, denn die Grundlagen der Gemeinden bilden Leistung und Gegenleistung.

Die nächste Sitzung der Kommission findet am Donnerstag statt.

Obstruktion im Weinger Landtag.

Im Weinger Landtag wurde am Freitag auf sozialdemokratischen Antrag die Antwort des Herzogs, der bekanntlich das Ersuchen des Landtags, sein Domänen einlösen freiwillig zu besteuern, ablehnt, einer Besprechung unterzogen. Die sozialdemokratische Fraktion mißbilligt in einer Erklärung die Antwort des Herzogs sehr entschieden. Es wird erklärt, alle gesetzlichen Mittel anzuwenden, um eine Revision des Domänengesetzes durchzusetzen. Im Vertrag von 1871 war dem Herzoglichen Hause die Hälfte der Domäneneinnahme zugestanden. Damals berechnete man diese Einnahme auf jährlich 120 000 Mark. Sie stieg aber immer mehr und betrug vor dem Kriege schon stets über 800 000 Mark. In dem Jahre 1915/16 wuchs sie infolge der Kriegspreise auf über 1 800 000 Mark im Jahre an. Im letzten Jahre wies die Summe sich aller Voraussicht nach auf über 2 Millionen Mark erhöhen.

Trotzdem willigt der Herzog in keine Besteuerung. Der Staatsminister bestand auf dem herzoglichen Schein von 1871. Dies Vorgehen rief selbst die Liberalen auf den Plan. Zwei Abgeordnete wandten sich scharf dagegen, daß man jetzt, wo das ganze Volk Opfer bringe, sich auf Privilegien berufe. Die Verhandlung endete mit der Ueberweisung folgenden sozialdemokratischen Antrags an den Finanzausschuß: „Die Ueberträge der Domäneneinnahmen während des Krieges, soweit sie die durchschnittlichen Ueberträge der letzten drei Friedensjahre übersteigen, sind dem Kriegsnotstandsfonds zu überweisen. Der Landtag ersucht den Herzog, dieser Verwendung zuzustimmen.“ Bei dem Antrag der Regierung, der Kirche für alle Zeiten einen jährlichen Beitrag von 288 000 Mark zu sichern, kam es zur Obstruktion. Für eine solche „Trennung der Kirche vom Staate“, die nur die finanziellen Lasten dem Staate aufwälzt, hatten unsere Genossen kein Verständnis; sie bekämpften den Entwurf mit allen Mitteln. Als bei der Abstimmung die bürgerliche Majorität das Gesetz schluden wollte, machten unsere Genossen den Landtag beschußunfähig.

Verhaftung des Ministers und seiner Helfer auf die Bitte von der Entente aus leicht erlenklichen Gründen beschlossen, gebauscht worden. — Karl Minkler, ein gebürtiger Deutscher, hielt sich bis 1912 in Amerika hauptsächlich als Redakteur und Zeitungskorrespondent auf. Er kehrte dann nach Deutschland zurück und war nacheinander Redakteur an den sozialdemokratischen Zeitungen in Solingen, Duisburg und Braunschweig. Seine maßlose und strapellose Art in der Polemik gegen Freund und Feind brachte das Duisburger Blatt an den Rand des Abgrundes, so daß der Parteivorstand eingreifen mußte. Von Braunschweig aus verschwand Minkler dann eines Tages vor etwa 1 1/2 Jahren bei Nacht und Nebel. Er begab sich nach Holland und betrieb von dort aus nicht nur die Bekämpfung der deutschen Regierung, sondern auch der deutschen Sozialdemokratie, die ihn der Inbegriff aller Niedrigkeiten und Gemeinheiten war.

Die Republik Finnland. Das österreichische Ministerium des Auswärtigen sprach der finnischen Deputation gegenüber namens der österreichisch-ungarischen Monarchie die Anerkennung der selbständigen Republik Finnlands aus.

Klein beigegeben. Vom österreichischen Kriegspressequartier wird gemeldet: Der ehemalige montenegrinische Kriegsminister General Radomir Vojovic hat sich mit seinem Anhang unter dem auch der gewesene montenegrinische Justizminister Miloslav Rajcevic befindet, beim Bezirkskommando Andrijevka gestellt und daselbst die Waffen abgeliefert. Die Genannten werden, da sie sich innerhalb der vorgesehene Frist den Behörden gestellt haben, des anlässlich des Geburtsfestes des Kaisers erlassenen Gnadenaktes teilhaftig. — Der montenegrinische Kriegsminister entzog sich seinerzeit seiner Gefangennahme dadurch, daß er den österreichischen Offizier erschloß, der ihn festnehmen wollte.

Gegen die Vaterländischen.

Am Sonntag wollte die Vaterlandspartei im Nibelungenaal zu Mannheim in „Heerschau“ halten. In Unterbaden und in der Vorderpfalz war hierzu die Reklametrommel gerührt worden. Wären die Arbeiter der Versammlung fern geblieben, so hätte die Vaterlandspartei vor vielen leeren Stühlen tagen müssen. Die Arbeiter aber, hatten in den Fabriken für den Besuch der Versammlung Propaganda gemacht. Pfarrer Traub, der als Redner angemeldet war, wollten sie demonstrieren, was sie von der Vaterlandspartei hielten. Von den etwa 3500 Versammlungsbesuchern waren über 2500 Arbeiter und unter den übrigen 1000 befanden sich noch viele bürgerliche Gegner der Vaterlandspartei. Um die Versammlung nicht zu gefährden, hatte man einem Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der U. S. P. von vornherein eine längere Redezeit zugewilligt. Für unsere Partei sollte Reichstagsabg. Oskar Sedlitz sprechen. Die „Unabhängigen“ konnten einen Redner nicht stellen und sie setzten den Stempel auch dann noch fort, als die Diskussionsfreiheit schon angebilligt worden war. Pfarrer Traub ließ mitten im stärksten Tumult Hindenburg und andre Heersführer hochleben. Er dirigierte sodann eine Art Gesangsweitzzeit. Als die Arbeiter die Marschmusik anstimmten, ließ er „Deutschland über alles“ singen. Die Vaterlandsparteiler waren jedoch mitten im ersten Teile des Liedes erdrückt. Traub schrie von Zeit zu Zeit provozierende Worte in den Saal, worauf jedesmal neuer Tumult einsetzte. Nach einständigen Dauer dieses „Kampfes“ löste der Polizeidirektor die Versammlung auf.

In Jena, wo kürzlich der ehemalige Sozialist Maxenbrecher namens der Vaterlandspartei reden sollte, verließen fast sämtliche Versammlungsbesucher nach Schluß des Vortrags das Lokal, so daß die wenigen Vaterländischen unter sich blieben.

Eine von der Vaterlandspartei in Frankfurt a. M. nach dem großen Saal des Zoologischen Gartens einberufene Versammlung, in der der Abgeordnete Dr. Traub einen Vortrag über das Thema „Was unser Vaterland not tut“ halten wollte, hatte am Montagabend daselbst schieflich wie die Versammlungen in Mannheim und Jena. Als der Vorsitzende die Versammlung eröffnen wollte und im ersten Satz das Wort „Vaterlandspartei“ aussprach, erhob sich ein solcher Tumult, daß der Sprecher von weitem Redeversuchen Abstand nehmen mußte. Auch dem darauf einschreitenden Polizeipräsidenten gelang es nicht, sich Gehör zu verschaffen. Für einen stützigen Regenblick erhob sich auch Herr Traub. Er wurde aber von derartigen Zurufen empfangen, daß die Polizei die Versammlung sofort auflöste.

Notizen.

Wohnungsfragen im Städtetag. Der Preussische Städtetag beschäftigte sich in einer Sitzung am Montag unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wernuth in der Hauptsache mit der Wohnungsfrage. Es wurden eingehend die Beschlüsse der Kommission des Herrenhauses zum Entwurf eines Wohnungsgesetzes besprochen. Außerdem wurde hinsichtlich der Wohnungsbeschaffung in der Uebergangszeit nach sehr eingehender Beratung eine Eingabe an den Minister des Innern beschlossen. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die Beschaffung von Wohnungen zu angemessenem Mietpreis in denjenigen Städten, die nach dem Kriege unter einer Wohnungsnot leiden, eine Aufgabe von größter Wichtigkeit, besonders auch für die Gesundheitsentwicklung ist. Es ist deshalb die Unterstützung des Reiches und des preussischen Staates zur Beschaffung von billigen Baugeld und billigen Baumaterial als wirtschaftlich unerlässlich bezeichnet worden. Ein besonderer Ausschuß ist beauftragt worden, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Auch Fragen des Kommunalkredits und der Verwaltungsreform sind eingehend erörtert worden.

Demonstrationen in Amsterdam. In Amsterdam kam es am Montag nachmittag zu Demonstrationen gegen die mangelhafte und ungenügende Lebensmittelverteilung. Die Kundgebungen dauerten mehrere Stunden, ohne daß es zu irgendwelchen ernstern Zwischenfällen gekommen wäre.

Eine Verhaftung. Das Wolffsche Telegraphen-Bureau teilt mit: Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden sozialistischen Wochenzeitschrift „Der Kampf“, Karl Minkler, auf deutschem Boden von der deutschen Grenztruppe in der Nähe von Nieselsheim festgenommen worden, nachdem er unbefugt den deutsch-niederländischen Grenzfluß (Wurm) überquert hatte. — Minkler ist dringend verdächtig, mit dem englischen Nachrichtenendienst, insbesondere dem Bureau Tinsley in Rotterdam, in Verbindung zu stehen und für diesen durch Mittelspersonen in Deutschland militärische und wirtschaftliche Spionage getrieben zu haben. Er hat bereits zugegeben, durch eine Vertrauensperson einen Brief an den Bureauvorsitzer einer Kriegsamtstelle gerichtet zu haben, in dem er um Auskunft über unsere Vorräte an Rohstoffen, die für die Rüstungsindustrie wichtig sind, bittet. Als seine Helfershelfer kennen etwa neun Personen im Westen Deutschlands und in Berlin in Verhaftung. Von diesen konnten nach kurzer Zeit fünf wieder aus der Haft entlassen werden. Von der feindlichen Presse ist in den letzten Tagen die Nachricht verbreitet worden, in Deutschland seien mehrere hundert Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei verhaftet worden. Offenbar ist die eben geschilderte

Starke italienische Angriffe.

W. Z. B. Großes Hauptquartier, den 15. Januar 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse. An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekampf.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Mazedonische Front. Die Lage ist unverändert.

Italienische Front. Starke Angriffe, die der Italiener gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen am Monte Asolone und Monte Vertica führte, sind unter schweren Verlusten gescheitert.

Die tagsüber in den Angriffsschnitten anhaltenden Feuerkämpfe dehnten sich zeitweilig nach Westen über die Brenta, nach Osten bis zur Piave aus. Auch längs der unteren Piave und in Verbindung mit italienischen Vorstößen im Piave-Delta war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Depeschen.

Caillaux verhaftet.

W. Z. B. Paris, 13. Januar. (Agence Havas.) Caillaux ist heute morgen verhaftet und unverzüglich in das Gefängnis für Kranke übergeführt worden.

Es wird verboten . . .

W. Z. B. Paris, 14. Januar. L'Deuvre stellt aus Hufschritten von der Front fest, daß fortschrittliche Blätter wie L'Deuvre, Pays, Journal du Peuple und Bataville, ferner auch L'Homme enchainé (das Blatt Clemenceaus) bevor er ungetauft wurde, auf vielen Frontabschnitten verboten sind und keine Abonnements auf diese Blätter angenommen werden dürfen, daß dagegen Blätter wie Journal Paris, Petit Parisien und Action française in Unmengen verbreitet werden. L'Deuvre werde als verdächtig aufgeführt, wegen des Blatts energisch protestiert und gleiches Recht für alle Zeitungen verlangt.

Arbeiter, Beamte, Angestellte!

In diesen Tagen hat jede Fabrik, jede größere Behörde, jeder gewerbliche Betrieb hier in Magdeburg eine schriftliche Aufforderung erhalten, für die Arbeiter, Beamten und Angestellten an der Ausstellungsstelle der Kriegs-Erstjahrs-Ausstellung billige Vorkaufskarten zu 50 Pfennig für 1 Stück zu entnehmen. Die Abholung der Karten, ihre Verteilung und spätere Berechnung hat durch die betreffende Fabrik oder Behörde zu erfolgen.

Laßt Euch also an Euren Arbeitsplätzen diese billigen Vorkaufskarten aushändigen, Ihr könnt sie auch gleichzeitig für Eure Angehörigen mit lösen!

Die Ausstellung bleibt bis zum Sonntag den 24. Februar hier und ist bis dahin täglich geöffnet von 9 Uhr früh bis abends 6 Uhr, Sonntags bis 9 Uhr.

Die Vorkaufskarten gelten an einem beliebigen Tage!

Täglich Demonstrations-Vorträge an einem deutschen Kampfflugzeug

am 11 Uhr vormittags, 3 und 5 Uhr nachmittags, Sonntags auch um 7 Uhr abends.

Die Vorkaufskarten gelten an einem beliebigen Tage!

Veranstaltung des Deutschen Luftflotten-Vereins e. B.

Kriegs-Luftfahrt-Ausstellung

„Fürstehof“ — Eingang Viktoriastraße.

Ehrenpräsident: Sr. Hoheit Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein.

Sollten einige Fabriken, Behörden usw. keine entsprechende Aufforderung erhalten haben, so wollen dieselben sich bitte mit der Ausstellungsleitung in Verbindung setzen.

Telephorumf der Ausstellung 7757.

Wollen Sie wirklich gute Musik hören?

Erster Automat

Deutsches Kaffee

bietet etwas Außergewöhnliches.

Die erstklassige Salon-Kapelle aus Mannheim ist eingetroffen.

Jeder Musiker Solist!

Täglich 7 1/2 bis 10 1/2 Uhr abends.

Circus Certy-Althoff-Gastspieles Allabendlich 7 1/2 Uhr Die große Prunkpantomime Ein Wintermärchen

Heute! Mittwoch den 16. Januar 2 Prunk-Vorstellungen 2

In beiden Vorstellungen Ein Wintermärchen.

ZENTRAL THEATER

Mittwoch/Donnerstag Die Dose St. Majestät

Ab Sonnabend Der Soldat der Marie

Stadt-Theater

Mittwoch den 16. Januar 7. Abend Große Partien Die Sängerin v. Selenus

Donnerstag den 17. Januar 6. Abend Große Partien Die Sängerin v. Selenus

Freitag den 18. Januar 5. Abend Große Partien Die Sängerin v. Selenus

Sab ein Knab' ein Köstlein fehn.

Sab ein Knab' ein Köstlein fehn.

Leo Falkners Gute Stube

in Jena 6. Stock

Schöne Aussicht Nr. 11

Telefon 4330

Unterhaltungsmusik!

H. Machner Bier

Stephanshallen

Welders

Walders

Walders

Walders

Walders

Walders

Walders

Walders

Walders

Walders

Walders

Verlobungsringe in echt Gold. H. Vaternacht, Magdeburg.

Zum Hausschlachten prima Därme und Gewürze Max Heynemann, Magdeburg

Fürstenhof-Theater die Banditenbraut

Prima Würstchen

Putzenhofer Bier

Blusen aller Art

100 Sorten gangbare

Mandolinen Gitarren

Kutschere Junge

Maschinenfloher

Arbeiter

Gärtnergehilfe und Lehrling

Zöpfe

Saar

Wäsche

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Verein für das Bekleidungs in Ausland (E. V.)

Frederichs Festsäle

Leipziger Seidel-Sänger

Salzquelle

Glühpunsch

W. Bode Nacht

Tanagra-Theater

Palast-Theater Burg

Palast-Theater Burg

Palast-Theater Burg

Palast-Theater Burg

Palast-Theater Burg

Palast-Theater Burg

Palast-Theater Burg

Palast-Theater Burg

Palast-Theater Burg

Palast-Theater Burg

Palast-Theater Burg

Palast-Theater Burg

Palast-Theater Burg

Palast-Theater Burg

Palast-Theater Burg

Palast-Theater Burg

Schuh-Reparaturen

Albert Himmelstern

Arbeitsmarkt

Automobil- oder Maschinenfloher

Herr oder Dame

Maurer und Arbeiter

Mädchen oder Frau

Maschinenfloher

Arbeiter

Gärtnergehilfe und Lehrling

Maschinenfloher

Arbeiter

Maschinenfloher

Arbeiter

Maschinenfloher

Arbeiter

Maschinenfloher

Arbeiter

Maschinenfloher

Arbeiter

Maschinenfloher

Arbeiter

Maschinenfloher

Arbeiter

Maschinenfloher

Arbeiter

Maschinenfloher

Arbeiter

Zahn-Praxis A. Sungatowski

Warnung!

Eugen Vogel

Dampfbadung

Deutscher Metallarbeiterverband

Metrich Figge

August Zippel

Praktischer Wegweiser

Aug. Förster

F. W. Wolf

Vogel & Co.

Wäsche

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Strohhatnmäherinnen

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 15. Januar 1918.

Die Krankenversicherung eibernener Straßenbahner.
Aus dem Arbeitersekretariat wird uns geschrieben: Die Magdeburger Straßenbahngesellschaft beschließt an die eibernenen Mitglieder ein Rundschreiben, in dem sie ihnen ankündigt, daß sie die bisher gezahlten Krankentafelbeiträge nicht mehr gewähren will. Zur Begründung gibt sie an, daß sie bei der Fortsetzung der freiwilligen Mitgliedschaft die Absicht hatte, die Familien der Eibernenen gegen Krankheit zu versichern. Nunmehr aber hätten auch verwundete oder erkrankte Versicherte Ansprüche auf Krankengeld erhoben, die sie erfüllen mußte. Die Straßenbahn kann natürlich nicht gezwungen werden, die freiwillige Mitgliedschaft auch weiterhin fortzusetzen. Sie hätte aber Gelegenheit, den Familien auch weiterhin die Segnungen der Krankenversicherung zuteil werden zu lassen, indem sie die Versicherung in der niedrigsten Klasse vornimmt. Die bisherigen freiwilligen Mitglieder können sich aber vor den Nachteilen durch die Umbenennung der Straßenbahn dadurch schützen, daß sie ihrerseits erklären, auf eigene Kosten die freiwillige Mitgliedschaft fortsetzen zu wollen. Wollen sie auch den Anspruch auf Krankengeld für ihre eigene Person neben der Familienversicherung nicht verlieren, so brauchen sie nur in der Klasse Mitglied zu bleiben, in der sie vorher versichert gewesen sind. Diese Erklärung muß unzweifelhaft der Krankentafel der Straßenbahn abgegeben werden, sobald die Mitteilung vom Aufgeben der Mitgliedschaft durch die Gesellschaft erfolgt. Die Erklärung kann auch von der Ehefrau oder einem anderen Bevollmächtigten abgegeben werden. Es kann auch schriftlich aus dem Felde eingeschickt werden. Der Erklärung kommt die Einbindung des Beitrags für. —

Prüfungszwang für Ersatznahrungsmittel. Eine offizielle Nachrichtenstelle schreibt: Nachdem hinreichende Erfahrungen und Erfolge vorliegen über die Tätigkeit der etwa zwei Jahre bestehenden Ersatzmittelpflichtprüfungskämmer, die in Süddeutschland, im Königreich Sachsen sowie in einzelnen großen Gemeinden errichtet sind, um alle Ersatzmittel vor ihrer Freigabe für den Handel auf ihre Geeignetheit und Preiswürdigkeit zu untersuchen, beabsichtigt das Kriegsernährungsamt, einen allgemeinen Prüfungszwang für Ersatzmittel durchzuführen. Eine diesbezügliche Regelung dürfte schon in naher Zeit zu erwarten sein.

Der Technikerverband zur Wohnungsfrage. Die Zweigverwaltung des Deutschen Technikerverbandes hielt am Mittwoch den 9. Januar ihre Jahreshauptversammlung unter dem Vorsitz des Vorsitzenden H. P. ab. Die Versammlung besprach die Mietsteigerungen und den neuen Mietvertrag und legte ihre Beschlüsse durch folgende Resolution nieder:

„Die Mitglieder der Zweigverwaltung Magdeburg des Deutschen Technikerverbandes beurteilen die allgemeinen Mietsteigerungen als unberechtigte Ausnutzung der außerordentlichen Lage auf dem Wohnungsmarkt. Mietsteigerungen im allgemeinen bedeuten gleichzeitig eine unbedingte Steigerung des Kapitals. Da der Hausbesitz in den überwiegenden Fällen nicht wie früher als selbst zu bezeichnend ist und bei der Steigerung der Mieten auch die Gefahr der Veräußerung der Grundstücke mit höherem Werte sehr nahe liegt, ist die weitere Angejähmung des Hausbesitzstandes sowie eine starke Belastung der Allgemeinheit, von der die Angestellten und Beamten besonders hart betroffen werden, nicht von der Hand zu weisen. Die Veranlassung hiervon leuchtungsgeplagten in angemessenen Grenzen hin. Beiträge zu den erhöhten Unkosten während der Kriegszeit dagegen zu.“

Zu der Frage des neu aufgelegten Mietvertrages steht die Verwaltung auf dem Standpunkt, daß der Vertrag als unfähig zu bezeichnen ist und daß die Unterzeichnung bei Vorlegung zu verweigern ist, da sich die Mieter festlegen werden. Die Verwaltung legt ihre ganze Hoffnung auf die bisher bewiesene Einsicht der Behörden und hofft, daß dieselben rechtzeitig eingreifen und so einen schwer um jenseitigen ringenden Angehörigen und Beamtenstand in der heutigen Zeit vor weiteren drückenden Maßnahmen bewahren.“

Ein merkwürdiges Verbot. Die Korrespondenz des Evangel.-luth. Presbyterverbandes für die Provinz Sachsen teilt mit: „Ein Verbot der Zusammenlegung von Gottesdiensten mit mehreren Kirchen während des Winters erläßt jedoch das lgl. Kon-

sistorium zu Magdeburg. Vielfach haben in den Städten die beteiligten Gemeindeführer für die Wintermonate zur Ersparrung von Heizkosten und Licht die Zusammenlegung von Gottesdiensten ohne kirchlich-regimentliche Genehmigung in eine Heizbare Kirche beschloßen. Dieses Verfahren ist vom rechtlichen Standpunkt aus unschlüssig, vom kirchlichen eine Schädigung des Gemeindelebens. Beschlüsse der kirchlichen Gemeindeführer über die Zusammenlegung von Gottesdiensten während der Wintermonate sind dem Konsistorium auch nachträglich zur Prüfung vorzulegen, dürfen aber, wie am Schlusse der Verfügung ausdrücklich bemerkt wird, im allgemeinen nicht auf kirchlich-regimentliche Genehmigung rechnen.“ — Die Kohlennot hat zu Maßnahmen gezwungen, die durchaus nicht leicht zu tragen sind. Man hat Einschränkungen und Ersparnisse wühlig hingegenommen, die häufig Ergrüßungen erschütterten. Es wurde die Notwendigkeit eingesehen, darum gab es — trotz Sorge und Gefahren — keinen Widerstand. Bei der Kirche soll nicht auf kirchlich-regimentliche Genehmigung geachtet werden. Es soll in der Kriegszeit nicht möglich sein, daß in den gewöhnlichen Räumen einer Kirche die ohnehin nicht besonders zahlreichen Kirchbesucher mehrerer Gemeinden zusammenkommen. Das läßt doch auf recht seltsame Anschauungen über die Notwendigkeiten unserer Zeit schließen. —

Kriegerfrauen! Laßt euch nicht obdachtlos machen! Wird euch die Wohnung gekündigt, so wendet euch sofort an das Miet-einigungsamt! Es kann euch fast immer helfen!

Die Nahrungsaufgaben der Gemeinden. Die Stadt Bln hat von Beginn des Krieges an bis Ende Dezember 1917 483 Millionen Mark auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung umgelegt. 4545 Personen sind in den in Frage kommenden städtischen Betrieben beschäftigt; die Zahl der geschäftlichen Abnehmer beträgt 11 500. Für Familienunterstützungen und Wochenhilfe wurden seit Beginn des Krieges zu Lasten des Reiches und der Stadt bisher 104 Millionen Mark ausgegeben. In seinem Jahresrückblick in der jüngsten Stadtkonferenz-Sitzung beklagte der Oberbürgermeister Udenauer lebhaft das Vergehen der Regierungsbekörden in der Lebensmittelversorgung. Man habe es für unmöglich gehalten, eine wirkliche Aubauregung durchzuführen; die Folgen zeigen sich jetzt. Sei doch die Kartoffelbaufläche des Jahres 1917 um 28 Prozent hinter der von 1916 zurückgeblieben. Wir gingen mit schweren Sorgen in das kommende Frühjahr hinein. Man belasse die Städte mit den schwierigsten Aufgaben, mache aber die Verwaltungen selbst ganz untreu. Hoffentlich bringe die Zukunft einen gründlichen Wandel, damit die Städte in ihren Selbstverwaltungsgewalten endlich die berechtigte Freiheit des Handelns belämen. —

Gehtohlen wurden in der Nacht zum 13. d. M. aus einer Gartenparzelle an der Oberbeder Straße 11 Raubstehlen; in der Nacht zum 14. aus einem Schaufenster am Breiten Weg ein dunkelbrauner zweireihiger Mäntel mit Gurt, 2 Meter braungrauer Anzugstoff und ein brauner weicher Hut; aus zwei Gartenparzellen an der Oberbeder und Alderstraße 14 Hühner und 11 Kaninchen; aus einem Laden in der Straße Alt-Fernerleben eine Tafelwaage und 10 Büchsen Fleischextrakt; in der Nacht zum 15. aus einem Stall in der Königsborner Straße 2 Schweine im Gewicht von je etwa 1 Zentner. —

Familienunterstützungen für kriegsgetraute Ehefrauen. die unmittelbar nach der Eheschließung unterstützungsbedürftig werden, sind nach einem neuem Erlass des Ministers des Innern von demjenigen Versorgungsverband zu zahlen, in dem die Ehefrau vor der Eheschließung ihren gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat. Ist die Unterstützungsbedürftigkeit kriegsgetrauter Ehefrauen erst während der Zeit nach der Eheschließung eingetreten, so richtet sich die Zulässigkeit der Versorgungsverbände nach dem derzeitigen gewöhnlichen Aufenthaltsort der Frauen. Berechtigten Kindern oder Kindern erster Ehe, die von kriegsgetrauten Ehefrauen mit in die Ehe gebracht worden, soll in Gemeinschaft mit der Mutter Familienunterstützung gewährt werden, auch wenn der Ehemann bisher für diese Kinder nicht gesorgt hat. In diesen Fällen kann ohne besondere Feststellung angenommen werden, daß der Ehemann in Zukunft für sie sorgen will, und daß das Unterstützungsbedürfnis mit der Eheschließung und erst nach seinem Dienstaustritt herbeigeführt ist. Haben die Kinder indessen schon vorher Familienunterstützung erhalten oder die rechtliche Stellung ehelicher Kinder nicht erlangt, so ist eine Familieneinheit nicht anzunehmen, vielmehr ist der bisher verpflichtete Versorgungsverband auch fernerhin für die Zahlung der Familienunterstützung an sie zuständig, selbst wenn die Kinder sich jetzt im Haushalt der Mutter befinden. —

Der fehlende Arbeitschein. Der Stellmacher Gottfried Jobs zu Bömmelte beschäftigte im Juni 1917 in seiner Ob- und Beschäftigung einen Arbeiter ohne Entlassungschein seines Arbeitgebers und erhielt deswegen von der Strafkammer des Landgerichts unter Aufhebung des freisprechenden Urteils des Schöffengerichts zu Barbis vom 24. November 100 Mark Geldstrafe eventuell 10 Tage Gefängnis. —

Ermittelte Diebe. In der Nacht zum 9. d. M. wurden aus einer Wohnung in der Schrottdorfer Straße 3 Taschengeld und Lebensmittel gestohlen. Als Diebe sind drei Schulknaben ermittelt. Die Uhren, die sie verkauft hatten, sind wieder herbeigeschafft. — Einem Arbeiter in der Kottrebstraße wurde am 12. d. M. aus der Wohnung 1 Geldtasche mit 130 Mark gestohlen. Als Dieb ist ein 11 Jahre alter Stiefsohn ermittelt, der den Betrag vollständig herausgab. —

Feuer. Am Montag nachmittag gegen 3 Uhr waren in einem Keller des Grundstückes Kaiserstraße 91 die auf einem Dampfheizungsapparat lagernden Leeren Röhren sowie Gasföls in Brand geraten. Die telephonisch herbeigerufene Feuerwehr konnte das Feuer in kurzer Zeit mit einer Schlauchlinie löschen. —

Theater, Konzerte etc.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute Mittwoch 6 Uhr: „Die Jungfrau von Orléans“, Donnerstag 5 Uhr: „Kristan und Fiolde“, Freitag 6 1/2 Uhr: „Das Glöckchen des Eremiten“, Sonnabend 7 Uhr: „Die Menschenkinder“.

Zentraltheater. Eintrittskarten für die Vorstellungen „Der Soldat der Marie“ können täglich entnommen werden. Vorverkauf jetzt für 7 Tage. Freitags 7 1/2 Uhr. Leipzig: Seidel & Söhne. 1888.

Die Konzerte geben ab 18. Januar ein vollständig neues, hochinteressantes Programm mit neuen Künstlern. Näheres siehe Anzeiger. Winterverein, c. B. Freitag den 18. d. M. abends 8 Uhr, im oberen Saale der „Reichshalle“, Kaiserstraße 18/19, Vortrag. 770

Briefkasten.

Interessanter Raub. Gest. Gusebeck, Gest. Mertens, R. N. 153, C. N. 203. Geld erhalten. —

Weschnow N. 2. Der Hauptmann des Reichslags hat den sozialdemokratischen Antrag, den Soldaten ein Recht auf Urlaub einzuräumen, abgelehnt. Jeder Soldat soll jedoch nach einer Befreiung des Kriegsdienstes in d. g. l. i. e. n. a. i. im Jahre Urlaub erhalten. Daraus geht hervor, daß der Urlaub keine Vergütung oder Bezahlung sein soll.

H. W. Reichen Sie unter Beigebung des vorgeschriebenen Besegels Bescheid beim Bataillon ein. —

Sandstrammann R. B. Handwerkskammern bestehen in Magdeburg, Halle, Erfurt. —

H. N. Wilhelmshafen. Bei einer Disziplinarstrafe auch nach dem Urlaub zu entziehen, ist eine doppelte Bestrafung, die nach einer Erklärung des Kriegsministers nicht eintreten soll. —

W. Sch. Preußen. —

Seehausen. 1. Der Verleger muß den vereinbarten Ausdruckslohn bezahlen und kann verklagt werden; 2. Das kommt darauf an, was ausgemacht ist. —

Demonstrationsvorträge täglich
um 11 Uhr vormittags, 3 und 5 Uhr nachmittags in der
Kriegs-Luftfahrt-Ausstellung, „Fürstenhof“

Es fauft das Rad...

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterleben.
Von Dorothy Richardson.
Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Sarjen.
(1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Miß Jamison war also vor etwa fünf Jahren in diesen ärmlichen, aber respektablen Stadtteil gezogen und hatte ein kleines, behagliches Pensionat eröffnet. Sie war erst kurz zuvor aus einer kleinen Stadt nach Newyork gekommen, und da waren ihre alten Bekanten und Stammkunden also gerade noch gut genug, um das alte hausfällige Haus auszumöbeln, das sie für mehrere Jahre gemietet hatte. Sie ist ein Genie, sagte der Mann mit dem Bart, und zwar ein jener eigenartigen Genies, wie unsre Zeit sie hervorbringt, aber sie ist keineswegs so zukünftiger Natur, wie es im ersten Augenblick den Anschein haben könnte; das erfährt man sehr bald, wenn man erst eine Weile mit ihr zusammen ist.

Miß Jamison war nach seiner Schilderung, trotz ihres gutmütigen Gesichts und ihrer scheinbar mütterlichen Fürsorge, auf das Geld aus wie der Teufel auf die arme Seele. Als sie das Pensionat fix und fertig eingerichtet hatte, kam ihr auf sofort die glänzende Idee, es nach dem Begründer der Religionsgemeinschaft zu benennen, deren Kirche in unmittelbarer Nähe lag, und das Resultat war, das „Calvinheim“ im Handumdrehen von armen Calvinisten oder deren Bekannten geradezu überlaufen war.

Als das Pensionat die Kundenschaft nicht mehr zu bewältigen vermochte, mietete Miß Jamison das Nachbarhaus dazu, und nun hatte sie ein so großes Pensionat, daß eine weniger geschäftstüchtige Frau an ihrer Stelle sicherlich sehr zufrieden gewesen wäre, nicht aber Miß Jamison, deren Sinn nach Höherem stand; denn sie strebte danach, auch die Anhänger anderer Religionsgemeinschaften in Kost und Logis zu nehmen. Ihre Wahl fiel auf die Methodisten, und bald hatte sie in der Nähe der Methodistischen Kirchen mehrere „Besuchshäuser“ eingerichtet, die eine magnetische Anziehungskraft auf die Unterwelt inwendigen Methodisten ausübten.

Ihr drittes und letztes Unternehmen, das die größten Gewinne abwarf, war das Heim, in dem ich jetzt wohnte. Es war das größte, billigste und volkstümlichste Heim, was in diesem Falle bejagen sollte, daß es auch der großen Schar der Andersgläubigen Aufnahme gewährte, die zu der nahegelegenen Volkskirche pilgerten, einem großen, grauen Steinkasten, der ursprünglich den Zwecken einer Kutschbahnbahn hatte dienen sollen.

Die Volkskirche war eine der besuchtesten Kirchen in ganz Newyork; jeden Sonntag war das tiefige Versammlungsalokal vollgepfropft mit Menschen, die gekommen waren, einestheils die wirklich gute Musik und andernteils die Predigt anzuhören. Der überwiegende Teil dieser Gottesdienstbesucher gehörte jenem Teile der Bevölkerung an, der gezwungen ist, sein Leben in Gasthäusern oder allen möglichen Heimen zuzubringen; auf diese Leute mit den mühseligen gewordenen Sinnen machte der mühselne Gottesdienst der Volkskirche einen ihnen zulangenden Eindruck, und so kam es, daß schließlich jede alleinstehende oder irgendwie religiös veranlagte Person des Stadtteils eines Tages zur Volkskirche kam.

Die erfahrene Miß Jamison ließ also über einem jeden der sechs Häuser, die sie sich gegenüber der Kirche gesichert hatte, eine Riesentafel mit der Aufschrift Kirchliches Volkshotel anbringen, denn es war für sie eine abgemachte Sache, daß ihr Herzen blühen werde, und die Einjamen und Verlassenen, die in der Volkskirche geistige Nahrung gesucht hatten, hatten noch dergn Verlassen somit die günstigste Gelegenheit, ihre kirchliche Nahrung zum Preis von dreißig Cent am Sonntagstisch der Miß Jamison einzunehmen.

Alles dieses erfahre ich bereits am Frühmütsch, an meinem ersten Sonntagmorgen in Newyork.

Ich machte einen Gang durch die Straßen und fühlte mich unendlich einsam und verlassen. — Als ich heimkam, war das Mittagessen bereits vorüber; nur einzelne Nachzügler saßen noch schwachend bei ihrem Likör oder Kaffee. In meinem Tische hatten desgleichen alle gesessen; nur das junge Mädchen mit den braunen Augen saß noch da, zu der ich mich instinktiv hingezogen fühlte, weil ich das Empfinden hatte, sie müsse ein guter Mensch sein.

Sobald ich an den Tisch trat, sah sie von ihrem Buch auf, nickte mir zu und lächelte freundlich.

Ich hatte sie bereits beim Frühstück in ihrer weichen Hemdbluse sehr hübsch gefunden; nun aber hatte sie ein lose herabfließendes rotes Kleid angezogen, das ihre kräftige Gestalt betonte, und nun kam sie mir beinahe noch hübscher vor.

„Nun, wie gefällt es Ihnen denn hier im Pensionat?“ fragte sie mit einem ermunternden Lächeln.

Ich antwortete, es gefalle mir im großen ganzen recht gut, aber ich mußte dabei unwillkürlich an meine häßliche, öde Dachkammer und an das unappetitliche Essen denken, das für mich bereitgestellt war.

„Ich finde es sehr dumm“, sagte Miß Jamison, nahm sich ein gehöriges Stück Butter und hob mir die Schale mit dem Reste zu. „Ich bin auch vollkommen überzeugt, daß Sie im Grunde genommen das gleiche denken, und daß Sie vielleicht nur zu wohlherzogen sind, um das Essen so zu kritisieren, wie wir es tun. Aber warten Sie nur ein Weilchen: Sie werden sehen, Sie kommen eines Tages auch noch an denselben Punkt. Mir ist es genau ebenso gegangen, als ich die erste Zeit allein draußen war, aber nun bin ich Gott sei Dank über die Sache hinweg. Ich wohne jetzt hier etwas über eine Woche, und als ich Sie heute morgen zum erstenmal sah, habe ich Sie sofort an der Nase angefaßt. Was Ihnen fehlt, Gott, ich bin ja selbst beinahe vor dem Tode gestorben, als ich herkam! Mit keinem Menschen habe ich gesprochen — volle vier Tage lang; nicht daß ich etwa Wert darauf legte, mit diesen Leuten hier bekannt zu werden, nein, aber ich bin nun mal gewohnt, mich mit irgendeinem Menschen unterhalten und aussprechen zu können. Deshalb habe ich mir heute morgen, als ich Sie sah, gedacht, daß ich vielleicht ein wenig zu Ihnen halten könnte, wenn Sie nicht immer so scheu sein würden, und deshalb habe ich nun heute mittag auf Sie gewartet.“

Ich antwortete, daß ich darüber sehr erfreut sei und wunderte mich im stillen über ihre Offenheit, die so ganz von der Art abwich, wie ich sie von meinen kleinen Sand- stadt her gewohnt war.

(Fortsetzung folgt.)

Provinz und Umgegend.

Der Arbeitsmarkt in der Provinz Sachsen.

Nach Mitteilung des Arbeitsnachweisesverbandes Sachsen-Anhalt...

Wahlkreis Jericho 1 und 2.

Am 15. Januar (Schweinediebstahl) In der Nacht zum Sonntag...

Wahlkreis Wolmirstedt-Renholdenleben.

Ergeben, 15. Januar (Zur Nahrungsmittelverfeinerung) Die Art...

Wahlkreis Halbe-Hesperleben.

Hesperleben, 15. Januar (Die öffentliche Versammlung) am Sonntag...

Wahlkreis Stabel-Ofersberg.

Langensalza, 15. Januar (Sozialdemokratischer Verein) Am Sonntag...

Wahlkreis Calwedel-Garbelegen.

Garbelegen, 15. Januar (Bei einwirkendem Tauwetter)...

Alte, wirtschaftliche oder finanzielle Verwaltungen auf der Grundlage...

(Wegen Verbrechen gegen das Leinwand) wurde am Sonntag...

(Kriegsunterstützung) Die Zahlung erfolgt am Dienstag...

(Kriegsunterstützung) Bis zum 1. Januar 1918 wurden bezahlt...

Halbe, 15. Januar (Ein Unfall) hat sich am Sonntag früh...

Langensalza, 15. Januar (Sozialdemokratischer Verein) Am Sonntag...

Garbelegen, 15. Januar (Bei einwirkendem Tauwetter)...

Frage allmählich wieder länger werden, um die Straßen wieder...

Kleine Chronik.

Ein Verbrecher von seinen Kameraden bergestellt. Am vorigen Sonntag...

Die Schneefälle.

In der Gegend von Thora sind erneut starke Schneemengen niedergegangen...

Offenopfer.

Die Agentur Radio meldet aus New York: Die Staaten Alabama...

Vereins-Kalender.

Neue Neuhäbter Arbeiter-Gesangverein. Am Mittwoch abends 8 Uhr...

Wettervorhersage.

Mittwoch, 16. Januar: Meist trübes, wärmeres Wetter mit Regen...

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 12. u. 14. Januar. Todesfälle: Dorothea Bremme...

Bekanntmachung betreffend Contarion.

Wagdeburg, den 15. Januar 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wagdeburg, den 15. Januar 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wagdeburg, den 15. Januar 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wagdeburg, den 15. Januar 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wagdeburg, den 15. Januar 1918. Der Magistrat.

Vertrauensvolles Angebot in Pelzwaren! Minkfuchs, Blausfuchs, Nerzmurmel, Ranin, Staats, Stias, Nerz, Marder. R. Sternau, 2/33 Alter Markt 32/33, Spezial-Etagegeschäft.

Zigarren u. Zigarillos. Reinen Rauchtobak. Curt Robe. Magdeburg, Marktstraße 12c. Zigaretten Freil! Fünf Monate auf der Finest aus russischer Gefangenschaft.

Zahnarzt Freytag, Zahnärztin in Harle. Taschenuhren. Ein II. Einjahresvertrag. Kleine Möbelwagen. Husten. Rauschenberg, 1 Labstraße 1. An der Elbe 8/9. Ernst Funke.